

Für eine neue Politik in Thüringen – den Wechsel jetzt gestalten

Die Wählerinnen und Wähler haben den demokratischen Parteien im Thüringer Landtag einen schwierigen Auftrag erteilt. Eine Regierung aus CDU und SPD hätte dieselbe minimale Stimmenmehrheit, wie ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis. Auch für knappe Mehrheiten gilt: Eine stabile Landesregierung braucht gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Ziele.

Nicht zuletzt mit dem Debakel um das Bildungsfreistellungsgesetz hat Thüringen in der zurückliegenden Wahlperiode erfahren müssen, dass das Vertrauen zwischen Christ- und Sozialdemokraten aufgebraucht ist. Wenn verabredete Kernforderungen zum politischen Spielball von Koalitionspartnern werden, ist die Grundlage für weitere Zusammenarbeit verloren. Wir unterstützen einen neuen Stil in der Thüringer Landespolitik. Ein Bündnis aus drei Parteien kann Bestand haben, weil gegenseitiges Vertrauen durch gemeinsame Ziele getragen wird. Zusätzlich braucht eine rot-rot-grüne Landesregierung einen breiten Rückhalt in weiten Teilen Gesellschaft, um neben einer politischen Mehrheit gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich zu wissen.

Für eine neue Politik, für die Gestaltung des Politikwechsels wollen wir uns engagieren. Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, sind für:

- die Orientierung der Thüringer Landespolitik am Erhalt des Freistaates als Industrieregion auf der Basis von „Guter Arbeit“ in der Wirtschafts- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.
- eine Funktional- und Gebietsreform, die die notwendigen Spielräume für politisches Handeln eröffnet, wenn die Mittelzuweisungen vom Bund und der EU zurückgehen.
- ein Landesarbeitsmarktprogramm das älteren Arbeitslosen einen Weg zurück in den Arbeitsmarkt eröffnet und hilft die Qualifizierungspotenziale der Menschen zu heben.
- eine öffentliche Daseinsvorsorge die Privatisierung keinen Vorrang einräumt.
- eine dialogorientierte Wirtschaftspolitik mit den Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften zur Weiterentwicklung des Landes.
- die Errichtung einer ArbeitnehmerInnenkammer zur Bildung und Beratung von Beschäftigten sowie Betriebs- und Personalräten.
- eine Bildungspolitik, die Chancengleichheit fördert, das lange überfällige Bildungsfreistellungsgesetz einführt und ein Azubi Ticket umsetzt.
- eine Ausweitung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, das langjährigen Initiativen und Projekten eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage gewährt.

Wir unterstützen die Bildung einer Landesregierung aus Die Linke, der SPD und Bündnis90/Die Grünen.

Erstunterzeichner:

Thomas Klippstein, KBR-Vorsitzender, Jena, Dörthe Knips, BR-Vorsitzende, Jena, Heidrun Gehlmann, stellv. BR-Vorsitzende, Jena, Birgit Bethge, BR-Mitglied, Jena, Steffen Buchner, Betriebsratsvorsitzender, Jena, Michael Ebenau, Gewerkschaftssekretär, Jena, Matthias Beer, Gewerkschaftssekretär, Jena, Bernd Spitzbarth, Gewerkschaftssekretär, Erfurt, Kirsten Breuer, Gewerkschaftssekretär, Erfurt, Alexander Scharff, Gewerkschaftssekretär, Erfurt, Uwe Laubach, Gewerkschaftssekretär, Eisenach, Thomas Steinhäuser, Gewerkschaftssekretär Suhl, Michael Rost, Betriebsratsvorsitzender, Weimar, Uwe Roßbach, Erfurt, Matthias Altmann, Erfurt, Sandra Friedel, Christoph Ellinghaus, Gewerkschaftssekretär, Jena, Bernd Lösche, Betriebsratsvorsitzender Eisenach, Reinhard Schäfer, stell. Betriebsratsvorsitzender Eisenach, Andreas Starkloff, stellv. Betriebsratsvorsitzender, Olaf Kämpfer, Betriebsratsvorsitzender, Gotha, Steffen Zucker, Betriebsratsvorsitzender, Gotha, Doris Fischer, Betriebsratsvorsitzende, Gehren, Ralf Helbig, Betriebsratsvorsitzender, Eisenach, Rolf Parkan, Betriebsratsvorsitzender, Erfurt, Steffen Barthel, Betriebsratsvorsitzender, Erfurt, Timo Richter, Betriebsratsvorsitzender, Erfurt, Dieter Hotze, Betriebsratsvorsitzender, Eisenach, Thomas Hoffmann, Personalratsvorsitzender Nordhausen, Lutz Jüngling, Betriebsratsvorsitzender, Mario in der Au, Betriebsratsvorsitzender, Torsten Meier, Betriebsratsvorsitzender, Armin Schild, Gewerkschaftssekretär